

■ Die Belastungen für alle Beschäftigten an den Schulen nehmen weiter zu. Betroffen sind dabei längst nicht mehr nur ältere, sondern auch zunehmend jüngere KollegInnen. Verschärft wird die Situation durch die erst kürzlich verlängerte Lebensarbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr für BeamtInnen. Der Beratung und Unterstützung durch den Personalrat im Gesundheitsbereich kommt so eine immer größere Bedeutung zu.

Hier steht zunächst der Einzelne mit seinen persönlichen Fragen rund um die Gesundheit im Vordergrund:

Was passiert, wenn ich längere Zeit erkrankt bin und zum Amtsarzt muss? Was ist ein BEM-Gespräch und wie kann es mir nutzen?

Wie könnten konkrete Entlastungen für mich aussehen? Was bedeutet Wiedereingliederung und wie geht das?

In all diesen Fragen ist der Personalrat in der Mitbestimmung und setzt sich entsprechend für eure Belange ein.

Die individuelle Beratung und Unterstützung betroffener KollegInnen durch kompetente GEW Personalräte wird aber erst durch den gleichzeitigen Einsatz für grundsätzliche strukturelle Verbesserungen im Gesundheitsbereich sinnvoll:

An erster Stelle ist die Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz Schule

zu nennen. Die Forderung der GEW-Personalräte eine flächendeckende Befragung zu psychischen Belastungen durchzuführen wurde endlich erfüllt. Allerdings fehlt bisher ein konstruktiver flächendeckender Umgang mit den Ergebnissen!

Wenigstens für die schwangeren KollegInnen wurde eine Regelung durchgesetzt, die den Schutz von Mutter und Kind weitestgehend berücksichtigt, bis hin zu Beschäftigungsverboten bei unklarem Immunstatus.

Unsere Vorhaben

Für die nächsten vier Jahre haben wir uns auch im Gesundheitsbereich einiges vorgenommen. Die Forderungen der GEW-Personalräte lauten u.a.:

1. Umsetzung der Ergebnisse der Befragung zu psychischen Belastungen, das heißt:

- unverzügliche Auswertung der erhobenen Daten mit Hilfe von Kolleginnen, Personalräten und Gesundheitsexpertinnen.

- direkte Umsetzung in konkrete Maßnahmen an den Schulen, um die Gesundheitssituation dort nachhaltig zu verbessern.

- Auswertung dieser Maßnahmen und erneute Verbesserungen vor Ort.

Die Liste der Handlungsfelder ist dabei lang: Schulorganisatorische

Maßnahmen zur Entlastung, Lärmschutz, individuelle Entlastungs- und Coaching-Angebote, Ruhe- und Rückzugsräume für die Beschäftigten, gerade auch im Ganztagsbereich.

2. Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für KollegInnen, die den täglichen Belastungen in den Klassen nicht länger gewachsen sind.

3. Stärkung des Gesundheitsmanagements an Schulen durch Bereitstellung von sach- und personenbezogenen Mitteln (analog zur Regelung im Ressort Gesundheit).

GESUND sein – GESUND werden – GESUND bleiben

4. Spezielle Gesundheitsprogramme an Schulen, die den jeweiligen Belastungssituationen Rechnung tragen, z.B. für BerufsanfängerInnen, ältere KollegInnen.

5. Altersteilzeit ab 57 ermöglichen.

6. Berücksichtigung der sehr hohen Belastungen im LehrerInnenberuf durch Absenkung des Ausstiegsalters (analog zu Feuerwehr oder Polizei).

■ Am 14. März wird auch der GPR gewählt. Der GPR ist die Interessenvertretung, die gegenüber dem Senat und zum Bremerhavener Magistrat die gemeinsamen Positionen aller Beschäftigten vertritt. Gleichzeitig unterstützt er die einzelnen Personalräte bei Konflikten mit ihren Dienstleitungen und koordiniert zusammen mit den Gewerkschaften gemeinsame Aktivitäten zu den Arbeitsbedingungen.

In den letzten Jahren hat der GPR wichtige Vereinbarungen mit Senat und Magistrat erzielt. So wurden u.a. gemeinsame Regelungen zum Gesundheitsschutz, zur Beschäftigtenbeteiligung und zum Konfliktmanagement vereinbart, die bei Auseinandersetzungen – auch in den Schulen – einen Rahmen bilden, an den sich die Behörde und die einzelnen

Dienststellenleitungen halten müssen. Gleichzeitig wurden und werden aktuell die gemeinsamen Standpunkte bei der Haushaltsaufstellung insbesondere gegen den geplanten Personalabbau eingebracht. Wir öffentlich Beschäftigte – ErzieherInnen, Lehrkräfte, RaumpflegerInnen, Gartenfachkräfte, PolizistInnen, Feuerwehrleute ... – lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

In Bremen kandidieren ver.di, GEW und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gemeinsam. Für die GEW treten bei den ArbeitnehmerInnen Jürgen Burger (OS Kurt-Schumacher-Allee), Rüdiger Eckert (Gesamtschule West) und Andrea Köster (Erzieherin GS St. Magnus) an, bei den BeamtInnen Harry Eisenach (OS Hermannsburg), Hajo Kuckero (GS Paul-Singer-Str.), Petra Lichtenberg (Johann-Heinrich-Pestalozzi-

Wählt die DGB-Listen zum Gesamtpersonalrat

Schule), Arno Armgort (OS Leinizplatz Oberstufe) und Birgit Reinke (Gesamtschule Ost Oberstufe).

In Bremerhaven bilden GEW und GdP gemeinsam die DGB-Liste. Die SpitzenkandidatInnen der GEW sind bei den ArbeitnehmerInnen Peer Jaschinski (SZ Carl-von-Ossitzky) und Heike Tapper (Sührheider Schule) sowie bei den BeamtInnen Bernd Winkelmann (Gaußschule III), Jutta Kerper (SZ Geschwister-Scholl) und Ralf Grothusen (SZ Carl-von-Ossitzky).